

„Das Konzept wird schlüssig“

Stadt bessert am Gymnasium Langenhagen in Sachen Sicherheit nach

Langenhagen. Zum Start des Gymnasiums Langenhagen am neuen Standort im Februar hatte bei der verkehrlichen Anbindung noch einiges im Argen gelegen. Stück für Stück bessert die Stadtverwaltung nach – und verweist für den Rest auf die Zeit, wenn die Querung der Theodor-Heuss-Straße im Bereich An der Neuen Bult endlich für die Schülermassen umgebaut sein soll.

Viele Schüler kommen aus den Wohngebieten im Süden der Kernstadt mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Der Haupteingang des Gymnasiums liegt aber im Norden des Gebäudekomplexes. Das stellt im Moment noch ein wesentliches Problem bei der Erreichbarkeit dar. Bauzäune sollen verhindern, dass die Kinder und Jugendlichen die viel befahrene Theodor-Heuss-Straße abseits des gesicherten Überwegs an der Einfahrt zur Pferderennbahn queren. Doch manchmal schon wurden Zaunelemente aus den Betonfüßen gehoben, um ein paar Meter Fußweg zu sparen, oder Schüler gingen auf einem schmalen Streifen zwischen Bauzaun und Straßenrand entlang. Auch mancher Radfahrer quert diagonal die Hauptverkehrsstraße.

Die neue Buswendeanlage hatte die Baufirma schon lange vor dem Umzug des Gymnasiums fertiggestellt, das hatte gut geklappt. In ei-



Stellplatzmangel: Die vollen Fahrradständer zeigen, dass viele Gymnasiasten mit dem Fahrrad zur Schule kommen.

nigen anderen Bereichen hat die Stadt mittlerweile nachgebessert. Auf einen entsprechenden Hilferuf der Schulleitung hin hat sie auf der Theodor-Heuss-Straße Tempo 30 angeordnet. Eine neue Busverbindung aus dem Zentrum setzt Schülerinnen und Schüler nun an der Buswendeanlage statt an der für sie gefährlicheren Haltestelle gegenüber der Wasserwelt ab. Und

ganz aktuell soll ein Kiss+Ride-Bereich verhindern, dass Eltern ihre Kinder direkt an der Hauptverkehrsstraße aussteigen lassen und dort den Berufsverkehr behindern.

Auf eine lange Liste weiterer Verbesserungsvorschläge hin, die Schüler Malte Kruppa als Vertreter des Jugendparlaments eingebracht hatte, bezog die Stadtverwaltung im Verkehrsausschuss des Rates Stellung zu den nächsten Maßnahmen. Anette Mecke zufolge, Leiterin der Abteilung Verkehr und Straßen, lässt sich die Zahl der Fahrradständer am Haupteingang im Norden nicht mehr erhöhen. „Das ist nicht unser Grundstück.“ Sie verwies aber darauf, dass auf dem Pausenhof im Süden weitere 480 Fahrradständer geplant sind. Dort würden, sobald die sichere Querung der Theodor-Heuss-Straße fertig sei, erwartungsgemäß viele Schülerinnen und Schüler aus dem Süden ihre Räder abstellen.

In den Sommerferien und in den Wochen danach, so der Zeitplan, erfolge der Ausbau des Einmündungsbereichs von Theodor-Heuss-Straße und An der Neuen

Bult. Dieser sieht eine ampelgeregelte Kreuzung mit Abbiegespur zum städtischen Betriebshof und einem breiten Überweg für die Schülerinnen und Schüler vor.

Den Zaun am Schulgelände in Höhe der Bushaltestelle Wasserwelt werde man schließen, um diagonal über die Fahrbahn kreuzenden Radfahrenden einen Riegel vorzuschieben, so Mecke. Änderungen bei den Halteorten ankommender Busse auf der Buswendeanlage schloss sie aus. Diese seien so am sinnvollsten, damit die Schülerinnen und Schüler nicht die Zufahrt zur Pferderennbahn queren müssten. Stadtbaurätin Isabella Gifhorn erinnerte daran, dass die Stadtverwaltung in der Diskussion um einen Standort des Gymnasiums Probleme vorausgesagt habe.

Sie selbst war damals allerdings noch nicht in ihrem Amt, „das habe ich mir angelesen“. Nun aber sei es so, dass man im Umfeld des Gymnasiums noch nicht fertig sei. Dafür fehle noch der Umbau der Einmündung der Straße An der Neuen Bult. Sie ist überzeugt: „Ist der Bereich fertig, dann ist das Konzept schlüssig.“



Die künftige Zufahrt zum Gymnasium aus Richtung Süden: Die Stadt will den Einmündungsbereich Theodor-Heuss-Straße/An der Neuen Bult im Sommer umbauen lassen.

Kein Elterntaxi auf der Hauptstraße

Stadtverwaltung hat Kiss+Ride-Zone am Gymnasium ausgeschildert

Langenhagen. Kurzes Halten ist ausdrücklich erlaubt: Langenhagens erste schulische Kiss+Ride-Zone ist zur Nutzung freigegeben. Die Parkbuchten auf der östlichen Seite der Buswendeanlage an der Theodor-Heuss-Straße sind jetzt entsprechend ausgeschildert. Dort gilt ein eingeschränktes Halteverbot, um mit dem Auto kurz zu stoppen und Schülerinnen und Schüler aus- oder einsteigen zu lassen. Und wie die stilisierten Menschen auf den blauen Zusatzschildern verdeutlichen, darf man sich auch gern noch zum Abschied zuwenden.

Die Stadt hatte die Buswendeanlage für die Anbindung des neuen Gymnasium-Standortes an den Nahverkehr für rund 1,8 Millionen Euro bauen lassen. Bei der Planung kam der K+R-Zone eine wesentliche Bedeutung zu. Denn auch wenn der Ausbau klimafreundlicher Mobilität voranschreitet, Menschen auf den Nahverkehr oder das Fahrrad umsteigen, wird es immer einen Grund geben können, warum Schülerinnen und Schüler mit dem Auto zum Gymnasium gebracht werden. Um für diese Fälle einen geschützten Bereich vorzuhalten, be-



Hier darf kurz gehalten werden: die Kiss & Ride-Zone auf der östlichen Seite der Buswendeanlage an der Theodor-Heuss-Straße.

findet sich die K+R-Zone abseits der Theodor-Heuss-Straße an der Buswendeanlage. Der Vorteil hierbei: Auf der wichtigen Verbindungs-

straße zwischen Reuterdamm und Bothfelder Straße kann der Verkehr fließen und wird nicht von haltenden Fahrzeugen

behindert. Welcher Rückstau sich bilden kann, wenn Schülerinnen und Schüler auf der Theodor-Heuss-Straße aussteigen, ließ sich häufig beobachten, seitdem das Gymnasium seinen Betrieb am neuen Standort aufgenommen hat. Nun, da es dank der Beschilderung keine Missverständnisse zur K+R-Zone geben sollte, appelliert die Stadtverwaltung eindringlich an alle, die Schülerinnen und Schüler mit dem Auto zum Gymnasium bringen wollen, diesen Bereich zu nutzen. „Die vermeintliche Zeiteinsparung, nicht die K+R-Zone anzufahren, ist schnell zunichtegemacht, wenn jemand anders einen für den eigenen Vorteil ausbremst“, so Stadtsprecherin Juliane Stahl.

Auch die Autofahrt von Eltern direkt bis vor das Gymnasium sei mit der K+R-Zone verzichtbar. „Über den eigens angelegten Gehweg kommen Schülerinnen und Schüler umso sicherer von der Buswendeanlage zum Haupteingang des Gymnasiums, je weniger Autos dort entlangfahren“, sagt Stahl. Zudem müsse bei Nutzung der K+R-Zone niemand den Weg über den Parkplatz der Pferderennbahn in Kauf nehmen.

„Kein Anspruch“

Stadt beharrt auf Vier-Stunden-Regelung

Langenhagen. Rund um die Karl-Kellner-Straße mangelt es schon jetzt oft an freien Parkplätzen. Mit dem geplanten Umbau der Straße zu einem Teil des Radschnellwegs Langenhagen-Hannover wird sich die Situation weiter verschärfen, denn dadurch werden Parkplätze wegfallen. Dennoch: An der kreuzenden Bahnhofstraße soll es trotz der Kritik von Anwohnern bei der Vier-Stunden-Regelung bleiben, und die Betreiber des Gewerparks am Pferdemarkt werden aus Sicht der Stadt mit dem temporären Besucherandrang an der Moschee klarkommen müssen.

Das Phänomen ist altbekannt: Manche Reisende, die sich die Gebühren für das Langzeitparken am Flughafen oder bei einem der Stellplatzanbieter in der Umgebung sparen wollen, stellen ihren Wagen für die Zeit des Urlaubs nahe dem Bahnhof Pferdemarkt ab. Mit der S-Bahn geht es dann zum Airport. Mit einer zeitlichen Befristung an der Bahnhofstraße versucht die Stadt, dem einen Riegel vorzuschieben. Eine neue Beschilderung hatte nun aber Kritik von Anwohnern zur Folge. Mancher fragt sich, ob er nun ernsthaft jeden Tag einmal umparken müsse. Denn von montags bis freitags darf man von 10 bis 18 Uhr nur für vier Stunden an der Bahnhofstraße parken.

Daran ändern will die Stadt aber nichts, Ordnungsamtsleiter Boris Ehrhardt verteidigte die Beschilderung im jüngsten Verkehrsausschuss gegen die Kritik. Angestoßen hatte die Diskussion ein Antrag der Grünen. Diese hatten ein Parkplatzkonzept rund um den S-Bahnhof Pferdemarkt angemahnt mit Parkausweisen für Anwohner und Parkscheinautomaten für Besucher des Viertels. Claudia Hopfe

(CDU) wies das zurück, da man das Problem damit nur auf andere Straßen verlagere. Matthias Gleichmann (SPD) sprach sich dafür aus, sich der Parkplatzbewirtschaftung in Langenhagen grundsätzlich anzunehmen.

Der Ordnungsamtschef verteidigte die Regelung an der Bahnhofstraße. Diese sei auch keineswegs neu, sondern bestehe schon seit 2019. „Wir haben nur die Schilder geändert.“ Vorher seien die Regeln offenbar nicht wahrgenommen worden, das sei jetzt besser. Zudem erinnerte er daran, dass es gerade Beschwerden von Anliegern über lange Zeit parkende Fluggäste gegeben seien, die 2019 zur Parkzeitregelung geführt hätten.

Für eine Regelung, wie sie die Grünen jetzt forderten, brauche es zunächst ein Gutachten und dann hohe Investitionen, argumentierte Ehrhardt weiter. Außerdem erinnerte er daran, dass alle Verkehrsteilnehmenden grundsätzlich gleichgestellt seien. Ebenfalls ein Ringen um Parkplätze gibt es zeitweise an der Karl-Kellner-Straße, wo durch den geplanten Umbau zudem noch öffentliche Stellplätze wegfallen sollen. Zu den Gebetszeiten der nahen Moschee sei die Situation auf den Privatparkplätzen des Gewerparks rund um den Aldi-Markt hanebüchchen, berichtete ein Mitglied der Betreiberfamilie. Stadtbaurätin Isabella Gifhorn sprach von einer privatrechtlichen Angelegenheit. Man unterstütze gern bei Gesprächen, aber „es ist nicht unser Problem“. Für die Genehmigung der Moschee habe man damals mehr Stellplätze gefordert als vorgeschrieben. Ein Fehlverhalten von Nutzern auf einem Privatparkplatz bedeute nun aber nicht, dass die Stadt tätig werden müsse.

Die Akutgeriatrie zieht um

Region beschließt „Medizinstrategie 2030“

Langenhagen. Mit dem Mehrheitsbeschluss für die „Medizinstrategie 2030“ hat die Regionsversammlung jetzt den Weg frei gemacht für einen weitreichenden Umbau des Klinikums Region Hannover (KRH). Was bedeutet das für Langenhagen?

In der nun verabschiedeten Drucksache 1740 heißt es wörtlich: „Die geriatrische Fachklinik in Langenhagen wird schrittweise an das Klinikum Mitte (zunächst Nordstadt, dann Siloah) verlagert.“ Geriatrie ist der Fachbereich der Altersmedizin. Und weiter heißt es dort: „Die Psychiatrie am Standort Langenhagen wird vorerst fortgeführt und inhaltlich entsprechend der Psychiatriestrategie weiterentwickelt. Nach Leerzug der jetzt durch die Geriatrie genutzten Räumlichkeiten sollen diese für die Psychiatrie genutzt werden. Nach räumlicher Zusammenführung des Klinikums Mitte erfolgt die Verlagerung der Psychiatrie Langenhagen an den Standort Nordstadt.“

Dazu hatte sich der KRH-Aufsichtsratsvorsitzende, Regionspräsident Steffen Krach (SPD), nach einer nicht öffentlichen Betriebsversammlung in Langenhagen Anfang Mai in einem Gespräch geäußert. Krach zufolge soll ein Teil der Altersmedizin schon 2024 ins Klinikum Nordstadt umziehen, der Rest der Klinik erst dann, wenn Teile des Nordstadt-Krankenhauses zum Siloah umgezogen sind – „das wird eher 2030 bis 2035 der Fall sein“.

Die Psychiatrie Langenhagen wiederum, deren Gebäude besonders sanierungsbedürftig sind, soll in Teilen in den Jahren 2024 und 2025 in die dann freien Geriatrie-

räume einziehen. Sobald der Erweiterungsbau im Siloah fertig ist und Fachabteilungen vom Standort Nordstadt dorthin verlegt sind, sollen Gebäude des Klinikums Nordstadt für die komplette Psychiatrie Langenhagen genutzt werden.

Unter den 420 KRH-Mitarbeitenden vor Ort sorgen die Umzugspläne für Unruhe. Zwei Mitarbeiterinnen berichteten nach der Betriebsversammlung von einer großen Verunsicherung – vor allem unter den Mitarbeitern der zuerst vom Umzug betroffenen Geriatrie. Unklarheit, so die Befürchtung, führe dazu, dass mancher Mitarbeiter sich eine andere Anstellung suchen und sich auch niemand mehr auf offene Stellen bewerben werde.

Zudem stellten sich viele in der Geriatrie die Frage, ob man in Hannover die gleichen guten Bedingungen vorfinde. Die Mitarbeitenden in der Psychiatrie – die möglicherweise noch zehn oder 15 Jahre am Standort verbleiben werden – treibt dem Vernehmen nach eher die Frage um, was das KRH vor Ort überhaupt noch investieren werde.

Auch dazu enthält die Beschlussvorlage zur „Medizinstrategie 2030“ einen Passus. Demnach stehen krankenhauplanerisch relevante Beschlüsse „unter dem Vorbehalt der tatsächlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Realisierbarkeit. Insoweit stehen die vorgenannten Beschlüsse auch unter dem Vorbehalt von etwaig sich später ergebenden Anpassungsbedarfen, die sich möglicherweise aus den vorgenannten Gründen oder Gründen der Krankenhausplanung des Landes oder aus sonstigen Veränderungen der Rahmenbedingungen ergeben können.“